



## Gastkommentar

# Demokratischer Freihandel



Freihandelsabkommen müssen in Zukunft anders geschlossen werden, meinen **Bruno S. Frey** (l.) und **Armin Steuernagel**.

**K**önnen wir grenzüberschreitende Herausforderungen wie den internationalen Handel nicht einfacher und besser regeln als bisher? Müssen wirklich ein paar wenige Elite-Juristen einen Vertrag hinter verschlossenen Türen aushandeln, der dann für 500 Millionen Menschen gelten soll?

Andere Lösungen sind denkbar. Wieso könnten sich die Unternehmen und Kunden, die einen globalen Handel nach bestimmten Regeln führen möchten, nicht zusammenschließen, grenzüberschreitend und unabhängig von ihren Nationalstaaten, auf demokratische Weise Regeln bestimmen und eine Verwaltung wählen? Ein Beispiel dafür ist Fairtrade.

Unabhängig von Staatsgrenzen hat Fairtrade Regeln geschaffen, die von den Unternehmen eingehalten werden müssen, die das Label tragen - sozusagen ein eigener Welt-Handelsvertrag. Im Bereich Lebensmittel gibt es außerdem das bekannte Demeter Biolabel, welches demokratisch von den Bauern und Erzeugern von Demeter-Waren kontrolliert wird, in über 50 Ländern aktiv ist und klare Regeln für Qualität und Handel schafft.

Es ist sozusagen ein eigenes Handelsabkommen von bestimmten Konsumenten, Händlern und Produzenten.

Die Beispiele zeigen: Wir könnten die verschiedensten internationalen Handelsallianzen gründen, statt ein Abkommen für alles zu schließen. Demokratisch kontrolliert, transparent und vor allem an die Bedürfnisse von verschiedenen Kulturen, Traditionen und Branchen angepasst. Unternehmen, Supermärkte oder Bürger könnten zwischen verschiedensten Handelsregimen wählen. Geht ein Handelsregime in eine Richtung, mit der ich nicht übereinstimme, kann ich entweder von meinen Mitwirkungsrechten Gebrauch machen, in Abstimmungen meine Meinung kundtun oder austreten, in eine andere Handelsallianz eintreten oder eine neue gründen.

Für die Zulassung solcher Handelsallianzen im europäischen Rechtsraum müssten klare Bedingungen gelten: Produzenten, Handel und vor allem Konsumenten müssten in den Organen vertreten sein. So wird sichergestellt, dass Kunden nicht übervorteilt werden. Außerdem muss jedes Produkt - wie heute bei Bioprodukten - klar gekennzeichnet sein.

Statt unterschiedliche Konsumenteninteressen in ein Mega-Abkommen wie Ceta oder TTIP hineinzupressen, was notwendigerweise Protektionismus zur Folge hätte, könnten auf diese Weise unterschiedliche Abkommen koexistieren.

**Bruno S. Frey ist Forschungsdirektor des Center for Research in Economics, Management and Arts (CREMA) in Zürich und ständiger Gastprofessor an der Universität Basel; Armin Steuernagel ist Researcher an der Columbia University New York und bei CREMA.** Sie erreichen sie unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)



**„Wenn Europa sich nicht um seine eigene Sicherheit kümmert, wird es niemand sonst tun.“**

Jean-Claude Juncker, EU-Kommissionspräsident



**„Die Arbeitslosigkeit hat weiter abgenommen, und die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern bewegt sich auf einem anhaltend hohen Niveau.“**

Frank-Jürgen Weise, BA-Chef

## Stimmen weltweit

## THE TIMES

**Zur Möglichkeit eines Exports des „Trumpismus“ nach Europa** heißt es in der Londoner „Times“, dass den Europäern einige Zutaten dieses populistischen Stils bestens vertraut seien. Und wer glaubt, dass 2016 hart war, der sollte für 2017 mit mehr Härte rechnen.

**K**ann Donald Trumps populistischer Stil, der Trumpismus, erfolgreich nach Europa exportiert werden? Die ersten Hinweise darauf werden wir erhalten, wenn die Österreicher Europas erstes politisch weit rechts stehendes Staatsoberhaupt wählen sollten und wenn das Verfassungsreferendum in Italien danebengehen sollte, wenn die Wähler also die Ratschläge der etablierten Eliten ignorieren. Man stelle sich vor, was das für Folgen haben könnte: eine italienische Regierung, die von der Fünf-Sterne-Bewegung geführt wird, die ein Referendum über die Mitgliedschaft in der Euro-Zone verlangt, eine Zurückweisung der europäischen Integration durch Österreich und vielleicht, nur vielleicht, eine Präsidentin Marine Le Pen, die damit droht, den europäischen Traum platzen zu lassen. Wenn Sie glauben, dass 2016 ein harter Ritt war, dann warten Sie erst einmal auf die Revolutionen, die das Jahr 2017 bringen wird.

Einige Ingredienzien des Trumpismus sind den Europäern sicher vertraut. Die starken Erschütterungen durch die Bankenkrise, Ressentiments gegen die sich selbst bereichernde politische Klasse und dahinter, kaum sichtbar, Millionen von Menschen, die sich ausgeschlossen fühlen, für die Gesellschaft nicht mehr nötig. Ist das Wut genug, um Regierungen zu stürzen und die Gründungsidee von Europa zu schreddern? (...)

Reife Demokratien können mit populistischen Politikern umgehen, können sie benutzen und entsorgen. Wenn jedoch diese Emporkömmlinge die Volkstribune der Zukunft werden sollten, muss Europa nach einem neuen Konsens suchen. Und vielleicht ist es genau das, was der Kontinent braucht.



Über die erneute Kanzlerkandidatur von Angela Merkel schreibt am Mittwoch die bulgarische Zeitung „Sega“, dass sie vor möglicherweise verhängnisvollen Wahlen steht. **Früher habe sich Merkel großer Beliebtheit daheim und in Europa erfreuen können, heute nicht mehr.**

**D**er Wunsch der Kanzlerin (Angela Merkel), um ein viertes Mandat zu kämpfen, wird die Gesellschaft in Deutschland noch mehr spalten. Sie steht vor den wohl verhängnisvollsten Wahlen ihres Lebens, während sich die Welt für mögliche radikale Veränderungen unter (dem in den USA neu gewählten Präsidenten Donald) Trump vorbereitet. Großbritannien kämpft mit den Problemen des Brexit-Votums. Frankreich steht im kommenden Jahr vor einer Präsidentenwahl, bei der die extrem rechte Kandidatin Marine Le Pen den Sieg ergattern könnte. (...) Für lange Zeit schaffte es Merkel, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin tapfer gegenüberzustehen - damals erfreute sie sich aber einer enormen Popularität nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa. Heute genießt Merkel keine solche Beliebtheit mehr. Dies nutzen der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan und auch die Lenker einiger europäischer Staaten, die bis gestern wetteiferten, Deutschland zu umflattern. (...) Alles deutet darauf hin, dass die Schlacht um ein viertes Mandat die schwerste im Leben Angela Merkels sein wird - und auch die schwerste für die politische Klasse und die Bürger.